

Abkürzungsverzeichnis	XVII
Verzeichnis der abgekürzt zitierten Literatur	XXI
Schrifttum zum Allgemeinen Teil des BGB	XXIII

1. Kapitel. Einführung in das Privatrecht

§ 1. Recht und Rechtsquellen	1
I. Das Recht	1
1. Die Struktur des Rechts	1
2. Die Aufgabe des Rechts	1
II. Die Rechtsquellen	2
1. Rechtsprinzip und Rechtssatz	2
2. Gesetztes Recht und Gewohnheitsrecht	2
3. Richterrecht und Verkehrssitte	4
§ 2. Privatrecht und öffentliches Recht	5
I. Die Abgrenzung und ihre Bedeutung	5
II. Die Einteilung des Privatrechts und des öffentlichen Rechts	6
1. Die Gebiete des Privatrechts	6
2. Die Gebiete des öffentlichen Rechts	7
III. Das Zusammenwirken von Privatrecht und öffentlichem Recht	8
§ 3. Das bürgerliche Recht	9
I. Das Bürgerliche Gesetzbuch als Grundlage des bürgerlichen Rechts	9
1. Die Entstehung des BGB	9
2. Die geistigen, politischen und wirtschaftlichen Grundlagen des BGB	10
3. Aufbau und Inhalt des BGB	12
4. Sprache und Regelungstechnik des BGB	12
5. Inhaltliche Einteilung der Normen des BGB	14
II. Die Fortentwicklung des bürgerlichen Rechts	16
1. Das Kaiserreich	16
2. Die Weimarer Republik	17
3. Die nationalsozialistische Herrschaft	17
4. Die Besatzungszeit	18
5. Die Entwicklung in der ehemaligen DDR	18
6. Die Entwicklung in der Bundesrepublik	18
7. Der Einfluss des Unionsrechts auf das Bürgerliche Recht	20
III. Der Geltungsbereich des Bürgerlichen Gesetzbuchs	23
1. Der sachliche Geltungsbereich	23
2. Der zeitliche Geltungsbereich	23
3. Der räumliche Geltungsbereich	24
§ 4. Anwendung, Auslegung und Fortbildung des Privatrechts	25
I. Die Rechtsanwendung im Allgemeinen	25
1. Ermittlung eines für den Lebenssachverhalt in Betracht kommenden Rechtssatzes	25

VII

2. Prüfung, ob der Lebenssachverhalt den Tatbestand der Rechtsnorm erfüllt (Subsumtion)	25
3. Feststellung der sich daraus ergebenden Rechtsfolge	26
II. Die Rechtsanwendung im Prozess	26
1. Die Stellung des Richters	26
2. Die Aufgabe des Richters im Prozess	26
III. Die Gesetzesauslegung	27
1. Die Notwendigkeit der Gesetzesauslegung	27
2. Das Ziel der Gesetzesauslegung	28
3. Die Methoden der Gesetzesauslegung	28
4. Die Berücksichtigung übergeordneter Rechtsnormen bei der Auslegung	30
IV. Die Rechtsfortbildung	31
1. Ausfüllung von Gesetzeslücken	31
2. Gesetzesübersteigende Rechtsfortbildung	32

2. Kapitel. Die Rechtsgeschäftslehre

§ 5. Grundlagen und Grundbegriffe der Rechtsgeschäftslehre	33
I. Der Grundsatz der Privatautonomie	33
1. Die Bedeutung der Privatautonomie	33
2. Die Schranken der Privatautonomie	34
II. Die Lehre vom Rechtsgeschäft und von der Vertrauenshaftung	36
III. Die Grundbegriffe der Rechtsgeschäftslehre	37
1. Begriff und Bedeutung des Rechtsgeschäfts	37
2. Tatbestand und Wirksamkeit des Rechtsgeschäfts	37
3. Geschäftsähnliche Handlung und Realakt	38
IV. Die Einteilung der Rechtsgeschäfte	39
1. Einseitige und mehrseitige Rechtsgeschäfte	39
2. Rechtsgeschäfte unter Lebenden und von Todes wegen	39
3. Vermögensrechtliche und personenrechtliche Rechtsgeschäfte	40
4. Verpflichtungs- und Verfügungsgeschäfte	40
5. Treuhandgeschäfte	44
6. Verbraucherverträge	44
§ 6. Die Willenserklärung	47
I. Begriff und Arten der Willenserklärung	47
1. Der Begriff der Willenserklärung	47
2. Die Arten der Willenserklärung	50
II. Das Wirksamwerden der Willenserklärung	52
1. Grundsatz	52
2. Empfangsbedürftige und nichtempfangsbedürftige Willenserklärungen	52
3. Die Abgabe der Willenserklärung	53
4. Der Zugang der Willenserklärung	55
§ 7. Die Willensmängel	64
I. Überblick	65
II. Fehlen des Handlungswillens, des Erklärungsbewusstseins und des Geschäftswillens	66

1.	Fehlen des Handlungswillens	66
2.	Fehlen des Erklärungsbewusstseins	66
3.	Fehlen des Geschäftswillens	68
III.	Geheimer Vorbehalt, Scheingeschäft und nichternstliche Erklärung	69
1.	Der geheime Vorbehalt (§ 116)	69
2.	Das Scheingeschäft (§ 117)	69
3.	Die nichternstliche Erklärung (§ 118)	71
IV.	Der Irrtum	72
1.	Allgemeines	72
2.	Die einzelnen Irrtumstatbestände	73
3.	Abgrenzungsfragen	77
4.	Einschränkungen der Anfechtbarkeit	81
5.	Die Anfechtung und ihre Folgen	84
V.	Die arglistige Täuschung und widerrechtliche Drohung	84
1.	Allgemeines	84
2.	Die arglistige Täuschung	85
3.	Die widerrechtliche Drohung	89
4.	Rechtsfolgen der Willensbeeinflussung durch arglistige Täuschung und widerrechtliche Drohung	92
VI.	Allgemeine Regelungen zur Anfechtung	95
1.	Begriff der Anfechtbarkeit und der Anfechtung	95
2.	Voraussetzungen der Anfechtung	96
3.	Anfechtungsrecht, Anfechtungserklärung, Anfechtungsgegner	97
4.	Die Wirkungen der Anfechtung	99
5.	Bestätigung des anfechtbaren Rechtsgeschäfts (§ 144)	100
§ 8.	Der Vertrag	101
I.	Allgemeines	102
1.	Funktion, Begriff und Arten des Vertrages	102
2.	Das Zustandekommen des Vertrages	102
3.	Vertragsverhandlungen und Vertragsverhältnis	103
II.	Das Angebot	104
1.	Die Voraussetzungen des Angebots	104
2.	Rechtsfolgen des Angebots	106
III.	Die Annahme	109
1.	Begriff und Bedeutung der Annahme	109
2.	Erklärung der Annahme	110
3.	Annahme durch „sozialtypisches Verhalten“	112
4.	„Auftragsbestätigung“ und „kaufmännisches Bestätigungsschreiben“	113
IV.	Sonderregelungen für den Widerruf einer Vertragserklärung	115
1.	Die verbraucherschützenden Widerrufsrechte	115
2.	Widerrufserklärung, Widerrufsfrist und Widerrufsbelehrung	116
3.	Rechtsnatur und Rechtsfolgen des Widerrufs	116
V.	Der Einigungsmangel (Dissens)	117
1.	Die Einigung als Wesensmerkmal des Vertrages	117
2.	Der offene Dissens	117
3.	Der versteckte Dissens	118
VI.	Vertragsfreiheit und Kontrahierungszwang	119

VII.	Vorvertrag und Optionsvertrag	121
1.	Der Vorvertrag	121
2.	Der Optionsvertrag	122
3.	Exkurs: Die Festofferte	123
VIII.	Der Vertragsschluss im Internet	123
1.	Einführung	123
2.	Das Zustandekommen des Vertrages im Internet	123
3.	Wirksamkeit von Willenserklärungen	125
§ 9.	Die Auslegung des Rechtsgeschäfts	127
I.	Begriff und Bedeutung der Rechtsgeschäftsauslegung	128
II.	Auslegungsgegenstand und Auslegungsmittel	128
III.	Auslegungsziele	129
1.	Die möglichen Auslegungsziele und die Bedeutung der Interessenlage	129
2.	Die Auslegung von Testamenten	129
3.	Die Auslegung von empfangsbedürftigen Willenserklärungen	129
4.	Die Auslegung von Erklärungen an die Allgemeinheit	131
IV.	Einzelne allgemeine Auslegungsgrundsätze	131
1.	Das Verbot der Buchstabenauslegung	131
2.	Das Gebot der Berücksichtigung von Treu und Glauben und der Verkehrssitte (§ 157)	132
3.	Der Vorrang des übereinstimmend Gewollten	133
4.	Die Auslegung formbedürftiger Erklärungen	133
V.	Die ergänzende Vertragsauslegung	134
1.	Vorrang der Vertragsergänzung durch dispositives Recht	134
2.	Anwendungsbereich und Funktion der ergänzenden Vertragsauslegung	135
3.	Ergänzende Vertragsauslegung und Grundsätze über die Geschäftsgrundlage	136
§ 10.	Die Geschäftsfähigkeit	137
I.	Geschäftsfähigkeit, Geschäftsunfähigkeit, beschränkte Geschäftsfähigkeit und Betreuung	137
1.	Die Geschäftsfähigkeit	137
2.	Die Geschäftsunfähigkeit	137
3.	Die beschränkte Geschäftsfähigkeit	138
4.	Die Betreuung	138
II.	Die Rechtsfolgen der Geschäftsunfähigkeit	139
III.	Die Rechtsfolgen der beschränkten Geschäftsfähigkeit	140
1.	Die Abgrenzung von zustimmungsfreien und zustimmungsbedürftigen Rechtsgeschäften	141
2.	Die Einwilligung	146
3.	Die Rechtsfolgen fehlender Einwilligung	149
4.	Die Handels- und Arbeitsmündigkeit	150
§ 11.	Die Vertretung	152
I.	Allgemeines	152
1.	Begriff und Funktion der Vertretung	152
2.	Voraussetzungen und Folgen der Vertretung	153

3.	Zulässigkeit der Vertretung	154
4.	Anwendungsbereich der Vertretung	154
5.	Abgrenzung	154
II.	Das Handeln in fremdem Namen	155
1.	Abgabe einer eigenen Willenserklärung (Abgrenzung zum Boten) ...	155
2.	Auftreten in fremdem Namen (Offenkundigkeitsprinzip)	156
3.	Das „verdeckte Geschäft für den, den es angeht“	157
4.	Die „mittelbare Stellvertretung“	158
5.	Das „Handeln unter fremdem Namen“	158
III.	Die Vollmacht	159
1.	Begriff und Erteilung der Vollmacht	159
2.	Vollmacht und Innenverhältnis	160
3.	Form der Vollmacht und Vertretergeschäft	160
4.	Vollmacht und Willensmängel	161
5.	Erlöschen der Vollmacht	162
IV.	Die Vollmacht kraft Rechtsscheins, insbesondere die Duldungs- und Anscheinsvollmacht	165
1.	Gesetzlich geregelte Fälle der Rechtsscheinvollmacht	165
2.	Duldungs- und Anscheinsvollmacht	167
3.	Weitere Voraussetzungen der Rechtsscheinvollmacht	170
V.	Das Vertretergeschäft	171
1.	Auslegung	171
2.	Willensmängel	172
3.	Kennen und Kennenmüssen von Umständen	173
4.	Erweiterte Wissenszurechnung	174
VI.	Umfang und Grenzen der Vertretungsmacht	175
1.	Der Umfang der Vertretungsmacht	175
2.	Einzel- und Gesamtvertretung	178
3.	Der Missbrauch der Vertretungsmacht und die Kollusion	178
4.	Das Insichgeschäft	179
VII.	Handeln ohne Vertretungsmacht	181
1.	Die Folgen für das Vertretergeschäft	181
2.	Die Haftung des Vertreters (§ 179)	182
3.	Das Verhältnis zwischen Vertreter und Vertretenem	185
4.	Das Verhältnis zwischen Vertretenem und Drittem	185
§ 12.	Die Form des Rechtsgeschäfts	186
I.	Die Formfreiheit als Grundsatz	186
II.	Gesetzliche und gewillkürte Form	187
III.	Die Formzwecke	187
IV.	Die Arten der Form	188
1.	Die schriftliche Form (§§ 126, 127)	188
2.	Die elektronische Form (§§ 126 a, 127 I, III)	190
3.	Die Textform (§§ 126 b, 127 I)	191
4.	Die öffentliche Beglaubigung (§ 129)	192
5.	Die notarielle Beurkundung (§§ 127 a, 128)	192
V.	Die Nichteinhaltung gesetzlicher Formvorschriften	193
1.	Nichtigkeit als Folge des Formverstößes	193

2. Heilung des Formmangels	194
3. Unbeachtlichkeit der Formverletzung aus Billigkeitsgründen?	194
VI. Nichteinhaltung der gewillkürten Form	196
§ 13. Der Inhalt des Rechtsgeschäfts	197
I. Allgemeines	197
1. Einschränkungen der rechtsgeschäftlichen Gestaltungsmacht	197
2. Einschränkungen der inhaltlichen Gestaltungsfreiheit	198
II. Der Verstoß gegen ein gesetzliches Verbot (§ 134)	200
1. Allgemeines	200
2. Vorliegen eines Verbotsgesetzes	200
3. Rechtsfolgen	201
4. Die Gesetzesumgehung	203
III. Der Verstoß gegen die guten Sitten (§ 138)	203
1. Der Begriff der „guten Sitten“	203
2. Die Feststellung der Sittenwidrigkeit	205
3. Fallgruppen	206
4. Die Rechtsfolgen der Sittenwidrigkeit	208
IV. Das Wuchergeschäft (§ 138 II)	210
1. Der Tatbestand des Wuchergeschäfts	210
2. Die Rechtsfolgen	212
§ 14. Zustimmung, Bedingung und Befristung	213
I. Die Zustimmung	213
1. Begriff und Bedeutung der Zustimmung	213
2. Einzelheiten zur Zustimmung	214
3. Die Verfügung eines Nichtberechtigten	215
4. Die „Ermächtigung“	217
II. Die Bedingung	218
1. Begriff und Bedeutung der Bedingung	218
2. Die Zulässigkeit der Bedingung	220
3. Die Wirksamkeit der Bedingung	220
4. Die Wirkungen der Bedingung	221
III. Die Befristung	223
IV. Exkurs: Die Berechnung von Fristen und Terminen	224
§ 15. Das unwirksame Rechtsgeschäft	225
I. Die Nichtigkeit	225
1. Begriff und Bedeutung der Nichtigkeit	225
2. Die Teilnichtigkeit (§ 139)	225
3. Die Umdeutung (§ 140)	228
4. Die Bestätigung des nichtigen Rechtsgeschäfts (§ 141)	230
II. Die schwebende Unwirksamkeit	231
III. Die relative Unwirksamkeit	232
IV. Nichtigkeit und Gestaltungsrechte	233
§ 16. Die Verwendung von Allgemeinen Geschäftsbedingungen	233
I. Allgemeines	233
II. Der Begriff der „Allgemeinen Geschäftsbedingungen“	234

1. Die gesetzliche Definition (§ 305 I 1)	234
2. Abgrenzung zur Individualabrede (§ 305 I 3)	236
III. Sonderregelung für Verbraucherverträge	237
1. Begriff des „Verbrauchervertrags“	237
2. Kontrolle von „Drittbedingungen“ (§ 310 III Nr. 1)	237
3. Kontrolle von „Einmalbedingungen“ (§ 310 III Nr. 2)	238
4. Erweiterte Inhaltskontrolle (§ 310 III Nr. 3)	238
IV. Die Einbeziehung von AGB in den Vertrag	238
1. Die Einbeziehungsvereinbarung	238
2. Exkurs: Kollidierende AGB	239
V. Überraschende Klauseln	240
VI. Die Auslegung von AGB	241
1. Der Grundsatz der objektiven Auslegung	241
2. Der Vorrang der Individualabrede (§ 305 b)	241
3. Die Unklarheitenregel (§ 305 c II)	242
VII. Die Inhaltskontrolle von AGB und das Umgehungsverbot	243
VIII. Rechtsfolgen bei Nichteinbeziehung und Unwirksamkeit von AGB	244

3. Kapitel. Das subjektive Recht

§ 17. Rechtsverhältnis und subjektives Recht	246
I. Das Rechtsverhältnis	246
1. Begriff	246
2. Inhalt	246
3. Entstehen, Änderung und Ende	246
II. Das subjektive Recht	247
1. Begriff und Bedeutung	247
2. Arten	247
3. Erwerb und Verlust	250
4. Die Rechtsausübung	252
5. Grenzen der Rechtsausübung	252
III. Pflichten und Obliegenheiten	254
1. Pflichten	254
2. Obliegenheiten	255
§ 18. Anspruch, Einwendung und Einrede	255
I. Anspruch	255
1. Begriff und Bedeutung des Anspruchs	255
2. Arten des Anspruchs	256
3. Anspruchsgrundlage	256
4. Allgemeine Regeln	256
5. Mehrheit von Ansprüchen und Anspruchsgrundlagen	256
II. Einwendungen und Einreden	257
1. Einwendungen	257
2. Einreden	257
3. Berücksichtigung von Einwendung und Einrede im Prozess	258
III. Die Einrede der Verjährung	258
1. Begriff und Zweck der Verjährung	258

2. Anwendungsbereich der Verjährung	259
3. Verjährungsfristen	259
4. Beginn der Verjährung	260
5. Verjährungshindernisse	261
6. Wirkungen der Verjährung	262
7. Regelung der Verjährung durch Rechtsgeschäft	263
§ 19. Rechtsdurchsetzung und Rechtsschutz	264
I. Der staatliche Rechtsschutz	264
1. Erkenntnisverfahren	264
2. Vollstreckungsverfahren	264
3. Verfahren des einstweiligen Rechtsschutzes	264
II. Selbstverteidigung (Notwehr, Notstand) und Selbsthilfe	265
1. Überblick	265
2. Notwehr	265
3. Notstand	266
4. Selbsthilfe (§§ 229–231)	268
4. Kapitel. Die Rechtssubjekte	
§ 20. Die natürlichen Personen	270
I. Der Mensch als Rechtssubjekt	270
II. Die Rechtsfähigkeit des Menschen	270
1. Begriff und Bedeutung der Rechtsfähigkeit	270
2. Beginn der Rechtsfähigkeit	270
3. Ende der Rechtsfähigkeit	271
4. Beweisfragen und Todeserklärung	271
5. Rechtsfähigkeit und Handlungsfähigkeit	271
6. Rechtsfähigkeit und Parteifähigkeit	272
III. Der Wohnsitz	272
1. Begriff und Bedeutung	272
2. Gewählter und gesetzlicher Wohnsitz	273
IV. Name und Namensschutz	273
1. Begriff und Arten des Namens	273
2. Das Namensrecht	274
3. Der Schutz des Namens	274
4. Die Ausdehnung des Namensschutzes	276
V. Der allgemeine Persönlichkeitsschutz	276
§ 21. Juristische Personen	277
I. Allgemeines	277
1. Begriff und Bedeutung	277
2. Arten und Entstehung der juristischen Person	278
3. Die Relativierung der juristischen Person	279
II. Der rechtsfähige Verein	280
1. Entstehung	280
2. Mitgliedschaft	281
3. Organisation und Willensbildung	283
4. Vertretung und Haftung	286

5. Haftung von Vorstandsmitgliedern	289
6. Erlöschen, Auflösung und Verlust der Rechtsfähigkeit des Vereins . .	290
III. Der nichtrechtsfähige Verein	290
1. Allgemeines	290
2. Teilnahme am Rechtsverkehr	291
3. Rechtsverfolgung gegen und durch den Verein	291
4. Haftung	291
IV. Die Stiftung	292
1. Begriff und Bedeutung	292
2. Entstehen, Verfassung und Erlöschen der Stiftung	293

5. Kapitel. Die Rechtsobjekte

§ 22. Rechtsobjekt, Vermögen und Unternehmen	295
I. Die Rechtsobjekte	295
1. Begriff und Bedeutung	295
2. Abgrenzung	295
II. Das Vermögen	296
1. Begriff	296
2. Bedeutung	296
III. Das Unternehmen	298
1. Begriff	298
2. Bedeutung	298
§ 23. Sache, Bestandteil, Zubehör und Nutzungen	299
I. Die Sachen	299
1. Begriff und Abgrenzung	299
2. Arten	300
II. Einzelsache und Sachgesamtheit	301
III. Die Bestandteile	301
1. Begriff	301
2. Arten	302
3. Rechtliche und wirtschaftliche Bedeutung	303
IV. Das Zubehör	304
1. Begriff	304
2. Rechtliche Bedeutung	305
V. Nutzungen, Früchte und Lasten	305
1. Begriffe	306
2. Bedeutung	307
Anhang. Technik der Fallbearbeitung	308
I. Vorbereitung der Niederschrift	308
II. Aufbau und Gestaltung der Niederschrift	310
III. Muster eines Falles mit Lösung	313
Sachverzeichnis	317